

Stand: 15.07.2026 15:23:58

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/9971

"Rechtssichere Stärkung der kommunalen Befugnisse zur zeitlich und räumlich begrenzten Ordnung öffentlicher Räume bei wiederkehrenden Störungen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/9971 vom 10.02.2026
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/11741 des KI vom 25.03.2026
3. Beschluss des Plenums 19/11902 vom 06.05.2026
4. Plenarprotokoll Nr. 79 vom 06.05.2026



Antrag

der Abgeordneten **Rene Dierkes, Christoph Maier, Dieter Arnold, Martin Böhm** und
Fraktion (AfD)

Rechtssichere Stärkung der kommunalen Befugnisse zur zeitlich und räumlich begrenzten Ordnung öffentlicher Räume bei wiederkehrenden Störungen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass die ordnungsgemäße, sichere und störungsfreie Nutzbarkeit öffentlicher Räume eine grundlegende Voraussetzung für das Zusammenleben, das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung und die Funktionsfähigkeit der kommunalen Selbstverwaltung ist.

Der Landtag erkennt an, dass es in zahlreichen Städten und Gemeinden des Freistaates zu wiederkehrenden Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in bestimmten öffentlichen Räumen und zu bestimmten Zeiten kommt, die mit den bestehenden Instrumenten der einzelfallbezogenen Gefahrenabwehr nicht hinreichend präventiv und dauerhaft bewältigt werden können.

Der Landtag stellt zugleich fest, dass die geltende Rechtslage den Gemeinden zwar verschiedene ordnungsrechtliche Einzelbefugnisse eröffnet, jedoch keine ausdrücklich und eindeutig konturierte gesetzliche Ermächtigungsgrundlage enthält, die es ihnen erlaubt, bei wiederkehrenden Ordnungsstörungen zeitlich und räumlich abstrakt-generelle Aufenthalts- oder Verweilregelungen für öffentliche Räume systematisch, rechtssicher und einheitlich zu erlassen.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, ein umfassendes Konzept zu entwickeln und vorzulegen, mit dem geprüft wird, unter welchen rechtlichen, tatsächlichen und verfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen die Gemeinden des Freistaates befähigt werden können, durch Sicherheitsverordnungen zeitlich und räumlich begrenzte Nutzungs-, Aufenthalts- oder Verweilregelungen für bestimmte öffentliche Räume zu treffen, insbesondere in Bereichen, in denen aufgrund von Größe, Lage oder Nutzung öffentlicher Einrichtungen – etwa im räumlichen Umfeld größerer Gemeinschafts- oder Sammelunterkünfte – wiederkehrende ordnungsrechtliche Problemlagen auftreten, soweit und solange dies zur Abwehr wiederkehrender Störungen der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung erforderlich ist.

Dabei ist im Rahmen des Konzepts insbesondere zu prüfen, wie sichergestellt werden kann, dass

- die Regelungen abstrakt-generell ausgestaltet sind und sich nicht gegen bestimmte Personen oder Personengruppen richten,
- eine Anknüpfung an Herkunft, oder sonstige personenbezogene Merkmale ausdrücklich ausgeschlossen ist,
- die Maßnahmen räumlich konkretisiert, zeitlich befristet und regelmäßig zu überprüfen sind,
- der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit gewahrt bleibt und effektiver Rechtsschutz gewährleistet ist.

Die Staatsregierung wird ferner aufgefordert, die Gemeinden durch Muster-Sicherheitsverordnungen, Vollzugshinweise und rechtliche Leitlinien zu unterstützen, um eine einheitliche, rechtsstaatliche und gerichtsfeste Anwendung solcher Maßnahmen sicherzustellen.

Unberührt bleiben hiervon die bestehenden polizeirechtlichen Einzelmaßnahmen nach dem Polizeiaufgabengesetz (PAG) gegenüber konkreten Störern oder Gefährdern, die weiterhin ergänzend Anwendung finden.

Begründung:

Öffentliche Räume sind zentrale Orte des gesellschaftlichen Lebens. Ihre Nutzbarkeit entscheidet maßgeblich über Lebensqualität, Sicherheitsempfinden und die Akzeptanz staatlicher Ordnung. In zahlreichen Kommunen ist jedoch festzustellen, dass bestimmte öffentliche Plätze, Anlagen oder Bereiche zu bestimmten Zeiten regelmäßig durch Ordnungsstörungen geprägt sind und faktisch nicht mehr uneingeschränkt nutzbar erscheinen. Die geltenden ordnungs- und polizeirechtlichen Instrumente sind überwiegend auf individuelle Störer und konkrete Einzelfälle zugeschnitten. Sie ermöglichen punktuelle Eingriffe, bieten jedoch keinen hinreichend klaren rechtlichen Rahmen für eine präventive, abstrakt-generelle und zeitlich begrenzte Steuerung der Nutzung öffentlicher Räume, wenn sich Ordnungsstörungen strukturell wiederholen. Zwar verfügen Gemeinden bereits heute über einzelne Verordnungs- und Eingriffsbefugnisse. Eine ausdrücklich normierte, allgemein anwendbare gesetzliche Ermächtigung, die ihnen eine systematische zeit- und raumbezogene Ordnungssteuerung bei wiederkehrenden Störungen ermöglicht, besteht jedoch bislang nicht. Diese Rechtsunsicherheit führt in der Praxis zu Zurückhaltung, uneinheitlichem Vollzug und fehlender Nachhaltigkeit ordnungspolitischer Maßnahmen. Der Antrag zielt daher nicht auf die Einführung neuer oder weitergehender Eingriffe in persönliche Freiheitsrechte, sondern auf die konzeptionelle Weiterentwicklung und Systematisierung bestehender kommunaler Handlungsmöglichkeiten. Adressat der Regelung ist der öffentliche Raum, nicht der einzelne Bürger. Die Maßnahmen sind abstrakt-generell, statusneutral und verhältnismäßig auszugestalten. Durch die Entwicklung eines klaren, verfassungsfesten Konzepts werden die kommunale Selbstverwaltung gestärkt, die Rechtssicherheit erhöht und zugleich ein wirksamer, rechtsstaatlicher Beitrag zur Wiederherstellung von Ordnung, Sicherheit und Nutzbarkeit öffentlicher Räume im Freistaat geleistet.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Christoph Maier, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
Drs. 19/9971

Rechtssichere Stärkung der kommunalen Befugnisse zur zeitlich und räumlich begrenzten Ordnung öffentlicher Räume bei wiederkehrenden Störungen

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Richard Graupner**
Mitberichterstatter: **Josef Heisl**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 42. Sitzung am 25. März 2026 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
 - CSU: Ablehnung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Zustimmung
 - B90/GRÜ: Ablehnung
 - SPD: AblehnungAblehnung empfohlen.

Roland Weigert
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Rene Dierkes, Christoph Maier, Dieter Arnold, Martin Böhm** und **Fraktion (AfD)**

Drs. 19/9971, 19/11741

Rechtssichere Stärkung der kommunalen Befugnisse zur zeitlich und räumlich begrenzten Ordnung öffentlicher Räume bei wiederkehrenden Störungen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Alexander Hold

II. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über Verfassungsstreitigkeiten und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die endgültige Abstimmliste.

(Siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der endgültigen Abstimmliste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, der AfD, der GRÜNEN und der SPD. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Im Hinblick auf die Tagesordnungspunkte 3 und 4 – Wahl eines Vizepräsidenten bzw. Wahl eines Schriftführers des Bayerischen Landtags – hat die AfD-Fraktion eine Begründung der Wahlvorschläge sowie eine gemeinsame Aussprache beantragt. Hierüber soll auf Antrag der AfD-Fraktion gemäß § 42 Absatz 2 Satz 2 unserer Geschäftsordnung in der Vollversammlung eine Entscheidung herbeigeführt werden. Ich lasse daher über diesen Antrag abstimmen.

Wer dem Antrag der AfD-Fraktion auf Begründung und gemeinsame Aussprache zu den Wahlvorschlägen eines Vizepräsidenten und eines Schriftführers im Hinblick auf die Tagesordnungspunkte 3 und 4 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, der GRÜNEN und der SPD. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist das abgelehnt.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Verfassungsstreitigkeiten und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
- (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
- (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen
oder
Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
- (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
- (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeiten

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 13. April 2026 (Vf. 9-VII-26) betreffend
Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit
der 3. Änderung des Bebauungsplans „Aschau – Nord, Teilfläche III“ mit integriertem Grünordnungsplan der Gemeinde Aschau i. Chiemgau
(in der Fassung des Beschlusses vom 22. Juli 2025) vom 28. Juli 2025

PII-3001-2-49

Drs. 19/11814 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

Der Landtag beteiligt sich nicht am Verfahren.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☒	☒	☒	☒	☒

2. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 14. April 2026 (Vf. 10-VII-26) betreffend
Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit
1. des § 7 Abs. 4 Satz 1 der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für Juristen (JAPO) vom 13. Oktober 2003 (GVBl. S. 758, BayRS 2038-3-3-11-J), die zuletzt durch Verordnung vom 3. Mai 2024 (GVBl. S.89) geändert worden ist,
 2. „[a]nlasslose[r] Metalldetektorkontrollen von Teilnehmern der Juristischen Staatsprüfungen“

PII-3001-2-50

Drs. 19/11817 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
- II. Der Antrag ist zulässig, teilweise unzulässig, jedenfalls aber unbegründet.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete
Dr. Alexander Dietrich bestellt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☒	☒	☒	☒	☒

Anträge

3. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Anton Rittel u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Petra Guttenberger, Thomas Huber, Michael Hofmann u.a. CSU
Mehr Demokratie im Landeselternbeirat
Drs. 19/9245, 19/11255 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☒	☒	☒	☒	☒

4. Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Doris Rauscher, Holger Griebßhammer u.a. SPD
Ehrenamt stärken – Zugang zur Bayerischen Ehrenamtskarte erleichtern
Drs. 19/9822, 19/11739 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☐	☐	☐	☒	☒

5. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Holger Griebßhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Familien in schwierigen Lebenslagen nicht alleine lassen –
Unterstützung bei frühem Kindstod
Drs. 19/9834, 19/11742 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☒	☒	☒	☒	☒

6. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Nicole Bäuml, Holger Griebßhammer u.a. SPD
Verdoppelung der Förderzeiträume für Angebote
zur Unterstützung von Ehrenamtlichen
Drs. 19/9835, 19/11743 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☐	☐	☒	☒	☒

7. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sicherheitsstandards bei Beauftragung von externen
Sicherheitsdiensten in Flüchtlingsunterkünften klar regeln
Drs. 19/9886, 19/11729 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☐	☐	☐	☒	☒

8. Antrag der Abgeordneten Christiane Feichtmeier, Volkmar Halbleib, Holger Griebhammer u.a. und Fraktion (SPD)
Fragwürdige Wahlwerbung des Ministerpräsidenten?
Aufklärung über angebliche Vorteile von CSU-Kandidaten bei staatlicher Förderung und Unterstützung
Drs. 19/9925, 19/11730 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☐	☐	☐	☒	☒

9. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Christoph Maier, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
Rechtssichere Stärkung der kommunalen Befugnisse zur zeitlich und räumlich begrenzten Ordnung öffentlicher Räume bei wiederkehrenden Störungen
Drs. 19/9971, 19/11741 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☐	☐	☒	☐	☐

10. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Mia Goller u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Mehrwert bayerischer Tierhaltung sichtbar machen – Made in Bayern
Drs. 19/9990, 19/11732 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☐	☐	☐	☒	☒

11. Antrag der Abgeordneten Maximilian Böttl, Daniel Artmann, Konrad Baur u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Tobias Beck u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Evaluation und Ausbau von „Digital Streetwork Bayern“ (DSW-Bayern)
Drs. 19/9995, 19/11744 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☒	☒	☒ ENTH	☒	☒

12. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Blockade der Teilnahme an Integrationskursen aufheben
Drs. 19/10007, 19/11748 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☒ A	☒ A	☒ A	☒	☒

13. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Marina Jakob u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback, Martina Gießübel u.a. CSU
Starre Mindestbesichtigungsquote abschaffen –
risikobasiert und ressourcenschonend agieren!
Drs. 19/10024, 19/11745 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☒	☒	☒	☒ A	☒ A

14. Antrag der Abgeordneten Markus Walbrunn, Ramona Storm und Fraktion (AfD)
Einführung einer digitalen Schülerakte in Bayern
Drs. 19/10026, 19/11792 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☐	☐	☒	☐	☐

15. Antrag der Abgeordneten Oskar Atzinger, Markus Walbrunn, Ramona Storm und Fraktion (AfD)
Einführung eines „Bayerischen Traditionstages“ an allen staatlichen Schulen in Bayern
Drs. 19/10039, 19/11793 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☐	☐	☒	☐	☐

16. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Harald Meußgeier, Gerd Mannes und Fraktion (AfD)
Verbesserung der Chancen der bayerischen Schweinhalter – Regionale Landwirtschaft stärken, Existenz sichern, Versorgung gewährleisten
Drs. 19/10359, 19/11733 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

17. Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier u.a. und Fraktion (AfD)
Bayern raus aus allen Klima-Initiativen!
Drs. 19/10628, 19/11721 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☐	☐	☒	☐	☐

18. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Julia Post u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Holger Gießhammer, Doris Rauscher, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Bedeutung der Kindertagespflege für die Betreuung anerkennen – Rahmenbedingungen, Arbeitsbedingungen und Betreuungsqualität verbessern
Drs. 19/10641, 19/11746 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☒	☒	☒	☒	☒

19. Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier u.a. und Fraktion (AfD)
Möglichkeiten zum Bürokratieabbau im Bereich Kritischer Infrastrukturen (KRITIS)
Drs. 19/10643, 19/11740 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☐	☐	☒	☐	☐

20. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Gerd Mannes, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)
Sachverständigenanhörung zur Zukunft der Schweinehaltung in Bayern
Drs. 19/10673, 19/11734 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

21. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Gießhammer, Sabine Gross, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Aufklärung des Vorfalls am Flughafen München
Drs. 19/10742, 19/11758 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☒	☒	☒	☒	☒

22. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Staatliche Neutralität an Schulen wahren – Keine religiös motivierten Einschränkungen des Schulalltags während des Ramadans!
Drs. 19/10743, 19/11794 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☐	☐	☒	☐	☐

23. Antrag der Abgeordneten Harry Scheuenstuhl, Holger Gießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Herdenschutz strukturell stärken
Drs. 19/10789, 19/11720 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☐	☐	☐	☒	☒

24. Antrag der Abgeordneten Arif Taşdelen, Horst Arnold, Holger Gießhammer u.a. SPD
Integration hilft Bayerns Wirtschaft – Sprach- und Integrationskurse erhalten
Drs. 19/10794, 19/11749 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☐	☐	☐	☒	☒

25. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Ferdinand Mang, Benjamin Nolte und Fraktion (AfD)
Bericht über Maßstäbe und Leitlinien staatlicher Kulturförderung
Drs. 19/10997, 19/11807 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☐	☐	☒	☐	☐

26. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Inklusion und gleichberechtigte Teilhabe bei Gedenkakten sicherstellen
Drs. 19/10998, 19/11795 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☐	☐	☐	☒	☒

27. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Holger Griebßhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Wahlfreiheit sichern und gentechnikfreie Land- und Lebensmittelwirtschaft schützen – Bayern muss sich im Bund und in Europa für klare Regeln bei neuen Gentechniken einsetzen
Drs. 19/11030, 19/11719 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☐	☐	☐	☒	☒

28. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Gerd Mannes, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)
Wo bleibt der Verbraucherschutz? Beschränkung des unkontrollierten Imports von Eiern aus der Ukraine
Drs. 19/11031, 19/11718 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☐	☐	☒	☐	☐

29. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Gerd Mannes, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)
Sachverständigenanhörung zum Thema „Welche Folgen hätte ein EU-Beitritt der Ukraine für die bayerische Landwirtschaft?“
Drs. 19/11037, 19/11735 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

30. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Arbeitnehmer entlasten – Steuerfreie Tankgutscheine
an aktuelle Mobilitätskosten anpassen!
Drs. 19/11096, 19/11759 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☐	☐	☐	☐	☐

31. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Julia Post u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Frauen schützen und Leben retten: das Gewalthilfegesetz
in Bayern rechtzeitig umsetzen!
Drs. 19/11097, 19/11747 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☐	☐	☐	☐	☐

32. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Holger Griebßhammer, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Bayerns landwirtschaftliche Betriebe in Krisen- und
Katastrophenfällen stärken
Drs. 19/11100, 19/11736 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☐	☐	☐	☐	☐

33. Antrag der Abgeordneten Katja Weitzel, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Zustand der Studierendenwohnheime in Bayern
Drs. 19/11102, 19/11808 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☒	☒	☐	☒	☒

34. Antrag der Abgeordneten Benjamin Nolte, Ferdinand Mang, Ulrich Singer und Fraktion (AfD)
Berichtsantrag: Zustand der Wohnheime der bayerischen Studentenwerke landesweit untersuchen
Drs. 19/11157, 19/11809 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☐	☐	☒	☐	☐

35. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Dr. Martin Brunnhuber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Dr. Ute Eiling-Hütig, Wolfgang Fackler, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU
Ausweitung der „Alltagskompetenzen – Schule fürs Leben“ um ein siebtes Handlungsfeld zu den Themen Krisenresilienz, Gefahrenabwehr und Selbstschutz
Drs. 19/11160, 19/11796 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☒	☒	☒	☒	☐ ENTH

36. Antrag der Abgeordneten Alexander Flierl, Dr. Petra Loibl, Petra Högl u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Marina Jakob u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Zwischen- und Schlussbericht zum Forschungsprojekt „Markierter Impfstoff Geflügelpest“
Drs. 19/11167, 19/11717 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☒	☒	☒	☒	☒

37. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Petra Högl, Tanja Schorer-Dremel, Leo Dietz u.a. CSU
Hohe Dünger- und Kraftstoffpreise: Landwirtschaft entlasten und Versorgungssicherheit sichern
Drs. 19/11169, 19/11737 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☒	☒	☒	☒ ENTH	☒

38. Antrag der Abgeordneten Harald Meußgeier, Gerd Mannes, Christin Gmelch und Fraktion (AfD)
PFAS-Belastung im Umfeld bayerischer Windparks systematisch erfassen
Drs. 19/11182, 19/11716 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

39. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Christian Hierneis u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Weitsicht und Vorsorge für die Gesundheit der Menschen in der Flughafenregion: UFP-Messnetz ausweiten!
Drs. 19/11184, 19/11715 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

40. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Harald Meußgeier, Christin Gmelch und Fraktion (AfD)
 Jetzt entschlossen handeln:
 Rindertuberkulose in Bayern konsequent eindämmen!
 Drs. 19/11185, 19/11308

Der Antrag wird für erledigt erklärt.

41. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Laura Weber u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Für den Schutz unserer Kinder: Ja zur Zuckersteuer
 Drs. 19/11216, 19/11714 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

42. Antrag der Abgeordneten Robert Brannekämper, Prof. Dr. Winfried Bausback, Franc Dierl u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
 Umfassender Bericht zum Studentischen Wohnen in Bayern
 Drs. 19/11219, 19/11810 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☒	☒	☒	☒	☒

43. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Transparenz schaffen beim baulichen Zustand der bayerischen Studierendenwohnheime
 Drs. 19/11220, 19/11811 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
☒	☒	☐	☒	☒